



**Forderung an die neue Bundesregierung:
Pflegestärkung braucht konkrete Maßnahmen!**

Forderungspapier der
Berliner Krankenhausgesellschaft
mit der Kampagne **#PflegeJetztBerlin**
zur neuen Legislaturperiode

Stand: 08. März 2025

Präambel

#PflegeJetztBerlin – Pflege muss sichtbarer, attraktiver und politischer werden

Pflegekräfte leisten täglich eine herausragende Arbeit. Sie sind eine tragende Säule unseres Gesundheitssystems – doch sie brauchen dringend weiter verbesserte Rahmenbedingungen und eine Kompetenzerweiterung, um auch in Zukunft die Versorgung der wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen sicherzustellen. Bisherige gesetzliche Maßnahmen reichen nicht aus, um der drohenden Versorgungslücke in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und auch im Wohnumfeld zu begegnen. Überbordende Bürokratie, mangelnde Mitbestimmung, exzessive Zeitarbeit, Behördenschungel für Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland sowie unzureichender Nachwuchs gefährden nicht nur die Arbeitsbedingungen der professionell Pflegenden, sondern auch eine stabile Gesundheitsversorgung in Deutschland. Dem Fachkräftemangel in der Pflege politisch zu begegnen, heißt, zähe Prozesse aufzulösen, die enormen Anstrengungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ernsthaft zu unterstützen und vorhandene Lösungsvorschläge mutig anzugehen. Für Halbherzigkeit ist mehrfach belegt keine Zeit mehr – Pflege in Deutschland braucht konkrete Maßnahmen! Die neue Regierung ist aufgefordert, die entscheidenden Weichen zu stellen – für eine starke Pflege, echte Wertschätzung und eine zukunftssichere Gesundheitsversorgung.

Forderungen

1. Attraktivität, Kompetenzen und Wertschätzung stärken: Gesetzliche Regelung zur Stärkung der pflegerischen Kompetenzen

- Pflegefachpersonen sollen entsprechend ihrer Qualifikation mehr eigenverantwortliche Kompetenzen in der Versorgung von Patientinnen und Patienten übernehmen können. Dazu zählt insbesondere die selbstständige Durchführung erweiterter heilkundlicher Leistungen nach ärztlicher Diagnose und Indikationsstellung.
- Die erweiterte Kompetenz von Pflegefachpersonen ermöglicht eine effizientere Nutzung vorhandener Fachkräftenressourcen, entlastet Ärzte und Ärztinnen und stärkt die interprofessionelle Zusammenarbeit. In vielen anderen Ländern ist dies bereits etablierte Praxis.
- Durch eine klare gesetzliche Regelung wird die Professionalisierung der Pflege gefördert, was zur Aufwertung des Berufsbildes und zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs beiträgt.
- Damit die selbstständige Erbringung bestimmter Leistungen durch Pflegefachpersonen erfolgreich umgesetzt werden kann, müssen Fragen der Haftung und Vergütung geklärt werden.

Forderung: Für eine zukunftssichere und attraktive Pflege fordern wir eine gesetzliche Regelung zur Stärkung der pflegerischen Kompetenzen. Dies umfasst die rechtssichere Übertragung erweiterter Aufgaben an Pflegefachpersonen, die Förderung der interprofessionellen Zusammenarbeit und die Stärkung der Eigenverantwortung im Versorgungsalltag.

2. Bürokratieabbau und Digitalisierung zur Entlastung des Personals

- Pflegekräfte verbringen täglich mehrere Stunden mit Nachweis- und Dokumentationspflichten, was die direkte Patientenversorgung einschränkt. Die zunehmende Bürokratisierung resultiert vor allem aus externen Dokumentationsanforderungen und Nachweispflichten von Politik, Selbstverwaltung, Kostenträgern und dem Medizinischen Dienst.
- Doppelte Dokumentationen und Mehrfacheingaben müssen vermieden werden, indem gleiche Sachverhalte nur einmal erfasst und automatisch für verschiedene Nachweispflichten genutzt werden.
- Bürokratiefolgenabschätzung: Neue gesetzliche Vorgaben müssen verpflichtend auf ihre Auswirkungen auf das Personal geprüft werden, während gleichzeitig ausreichende Umsetzungsfristen festgelegt und bestehende Vorschriften regelmäßig evaluiert werden sollten.
- Förderung der Digitalisierung: Durch den Einsatz digitaler Lösungen können Arbeitsabläufe erleichtert und die Dokumentationsprozesse optimiert werden.

Forderung: Um die Pflegekräfte nachhaltig zu entlasten, fordern wir die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Dies umfasst insbesondere die Reduktion von Nachweispflichten, die Stärkung der Bürokratiefolgenabschätzung, die Überarbeitung von Dokumentationspflichten sowie die gezielte Förderung der Digitalisierung im Gesundheitswesen. Eine gesicherte Finanzierung und die Ausbildung von IT-Fachkräften sind essenziell, um den digitalen Wandel erfolgreich zu gestalten.

3. Erleichterung der Anerkennung internationaler Fachkräfte

- Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse soll durch eine zentrale Stelle mit bundesweiter Zuständigkeit erfolgen, um Verfahren zu vereinheitlichen und zu beschleunigen.
- Alternativ sollte die Gleichwertigkeit von Berufsabschlüssen in der Pflege durch bilaterale (Ausbildungs-)abkommen zwischen Deutschland und anderen Staaten erleichtert werden.
- Ein digitales, bundesweit einheitliches Antragsverfahren soll eingeführt werden, welches eine vollständige digitale Einreichung der erforderlichen Unterlagen ermöglicht, um bürokratische Hürden abzubauen, Bearbeitungszeiten zu verkürzen und eine effiziente sowie transparente Bearbeitung zu gewährleisten

Forderung: Die Politik muss ein zentrales, bundeseinheitliches Anerkennungsverfahren für internationale Pflegefachkräfte schaffen, um lange Wartezeiten und Bürokratie abzubauen. Zudem sollen bilaterale (Ausbildungs-)Abkommen zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse geschlossen werden, um den Zugang zum Pflegeberuf zu erleichtern.

4. Begrenzung der Zeitarbeit und Förderung von Stammpersonal

- Der zunehmende Einsatz von Zeitarbeit in der Pflege verstärkt den Fachkräftemangel, belastet das Stammpersonal und kann die Pflegequalität sowie die Patientensicherheit gefährden.
- Gesundheitseinrichtungen sind zunehmend von den Bedingungen der Zeitarbeitsfirmen abhängig, während fehlende Weiterbildung, Schlechtleistung und Abwerbeversuche zusätzliche Probleme nach sich ziehen.
- Zudem verursacht jede Zeitarbeitskraft das Zwei- bis Zweieinhalbfache der Kosten einer festangestellten Pflegekraft – Ausgaben, die nicht refinanziert werden und erhebliche finanzielle Mittel entziehen.
- Der Lösungsvorschlag der Berliner Krankenhausgesellschaft sieht einen Musterrahmenvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung in der Pflege vor, bei dessen Verwendung die Einrichtungen im Rahmen der Vertragsverhandlungen mit Zeitarbeitsfirmen besser Ihre Belange durchsetzen können.
- Vor dem Hintergrund eines notwendigen Einsatzes von Zeitarbeit in Einzelfällen zur Abfederung von Belastungsspitzen oder Erkrankungswellen beim Personal ist der Mustervertrag als Fairness-Vertrag eine Option, Zeitarbeit für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zu erhalten, bezahlbar zu machen, Qualitätsanforderungen sicherzustellen und schließlich auch Pflegekräften diese Option offen zu halten.

Forderung: Zeitarbeit muss auf ihre ursprüngliche Funktion als Instrument zur Abfederung von Belastungsspitzen beschränkt bleiben, um eine verlässliche und qualitativ hochwertige Patientenversorgung sicherzustellen. Gleichzeitig müssen faire und transparente Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die negativen Auswirkungen übermäßiger Zeitarbeit – wie den Abfluss von Stammpersonal, hohe Zusatzkosten und fehlende Weiterbildungen – zu begrenzen. Die Regelungselemente des [BKG-Musterrahmenvertrags Zeitarbeitnehmerüberlassung in der Pflege](#) sollen für Personalüberlassungen zwischen Entleiher und Verleiher verbindlich gesetzlich verankert werden.

5. Schutz vor Gewalt gegenüber Pflegekräften und medizinischem Personal

- Um Pflegekräfte und medizinisches Personal besser zu schützen, sind Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung essenziell. Informationskampagnen können Respekt fördern, das Verständnis für Abläufe im Gesundheitswesen stärken und so Konflikte reduzieren.
- Eine verbesserte Patientensteuerung und -koordination kann ebenfalls dazu beitragen, belastende Situationen für das Personal zu reduzieren und Konflikte zu vermeiden.

Forderung: Um die Sicherheit der Beschäftigten im Gesundheitswesen zu gewährleisten, fordern wir eine bessere Finanzierung von Sicherheitsmaßnahmen in Krankenhäusern. Zudem müssen Übergriffe auf helfende und versorgende Berufe konsequenter geahndet und strafrechtlich angemessen bewertet werden.

6. Steigerung der Pflegekapazitäten / Rekrutierung der Stillen Reserve

- Eine mögliche Ressource, um den Fachkräftemangel in der Pflege zu mindern, stellen ausgestiegene Pflegende dar. 60 % sind einer Rückkehr zugeneigt (Auffenberg et al. 2022).
- Um ehemalige Pflegekräfte zurückzugewinnen, sind Rückkehroffensiven sinnvoll, die ehemalige Pflegekräfte gezielt ansprechen und über Möglichkeiten des Wiedereinstiegs informieren – in Anlehnung an die bestehenden Informationsangebote wie [PflegeJetztBerlin.de/wiedereinstieg](https://www.pflegejetztberlin.de/wiedereinstieg).
- Der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten kann zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und so die Rückkehr in den Pflegeberuf erleichtern.
- Altersgerechte Arbeitsmodelle müssen entwickelt und gefördert werden, um erfahrene Pflegekräfte länger im Beruf zu halten. Dies umfasst flexible Arbeitszeiten, reduzierte körperliche Belastung und gezielte Einsatzmöglichkeiten entsprechend individueller Kompetenzen und gesundheitlicher Voraussetzungen.
- Um die Fachkräftebasis weiter zu erhöhen, sollten Reha-Kliniken als Ausbildungsträger im Sinne des Pflegeberufegesetzes zugelassen werden.

Forderung: Die Politik ist gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die die bislang ungenutzte Expertise ehemaliger Pflegefachkräfte – die „Stille Reserve“ – gezielt aktivieren. Hierzu müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Wiedereinstieg erleichtern, darunter verlässliche Kinderbetreuungsangebote, Beratungs- und Informationsangebote sowie die Förderung altersgerechter Arbeitsmodelle. Der [10-Punkte-Plan](#) der Kampagne [#PflegeJetztBerlin](#) bietet hierfür wertvolle Ansätze, die politisch aufgegriffen und umgesetzt werden sollten.

Die Berliner Krankenhausgesellschaft (BKG) setzt gemeinsam mit allen Beteiligten, die für Pflege Verantwortung tragen, mit der Kampagne [#PflegeJetztBerlin](#) einen Masterplan um und arbeitet kontinuierlich an Projekten und zahlreichen Einzelmaßnahmen zur Pflegestärkung in der Metropolregion Berlin. Das Forderungspapier basiert auf den gemeinsamen Überzeugungen der Kampagne [#PflegeJetztBerlin](#) – als Bündelung der Expertise der Metropolregion Berlin – und darauf, dass die Wahlprogramme der Parteien bislang keine ausreichend handlungsorientierten Ansätze zur Stärkung der Pflege verankert haben.

Projekträger:
BKG - Berliner Krankenhausgesellschaft e. V. (BKG)
Hallerstr. 6, 10587 Berlin
Geschäftsführung: Marc Schreiner

Webseite des Projektes: www.pflegejetztberlin.de